

Ein tibetischer Siegelstempel bzw. Siegelabdruck. Siegelabdrucke dienen als Beglaubigungsmittel für tibetische Urkunden.

© MagentaGreen/  
Wikimedia Commons (CC-BY-SA-3.0)



## Tibetische Sprache unter Druck der Behörden

Als tibetische Schulkinder in Lhasa im Jahr 2022 nach den Winterferien wieder in die Schule kamen, mussten sie feststellen, dass der Unterricht plötzlich auf Chinesisch stattfand, ohne Vorwarnung. Laut chinesischer Verfassung muss in Tibet neben Chinesisch auch Tibetisch gelehrt und erhalten werden. De facto wird die Sprache aus dem Schulunterricht verdrängt. Der tibetische Sprachenrechtler Tashi Wangchuk, der im Jahr 2021 nach fünf Jahren aus dem Gefängnis kam, wird weiter von den chinesischen Behörden eingeschüchtert.

## Familientrennungen und staatliche Internate

Auch mit der Einrichtung staatlicher Internate versucht die chinesische Regierung, die nächste Generation von Tibeter\*innen von ihrer Kultur und ihrer Religion zu trennen. Fast eine Million tibetische Kinder sind gezwungen, in diesen kolonialen Schulen zu lernen. Dort werden sie mit den Glaubenssätzen der Kommunistischen Partei und deren Vorsitzenden Xi Jinping indoktriniert. Häufig können die tibetischen Kinder in diesen Internaten ihre Familien über Monate oder sogar Jahre nicht sehen. Sie dürfen auch nicht mit ihnen telefonieren. Dadurch werden sowohl die Kinder als auch ihre Eltern willkürlich und systematisch traumatisiert.



Golog Jigme, tibetischer Mönch, bei einer UN-Veranstaltung von der GfbV im Oktober 2022, Foto: Hanno Schedler

Titelbild: Demonstration vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf zum Thema Menschenrechte in Tibet/Ostturkestan/China, 6. November 2018; Foto: Hanno Schedler

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 2024 • D-37010 Göttingen • Tel.: 0551 49906-0

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de) • [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)



@bedrohteVoelker



@bedrohteVoelker

Menschenrechtsorganisation mit beratendem Status bei den UN und mitwirkendem Status beim Europarat

SCANNEN & SPENDEN!



Gepüft + Empfohlen!

# Tibet

Seit über 70 Jahren besetzt



Stand: Februar 2023, Produktion: Elena Dellmuth, Text: Hanno Schedler, Layout: Tanja Wiczorek



Gesellschaft für bedrohte Völker

Seit die chinesische „Volksbefreiungsarmee“ 1949/1950 mit der Besetzung Tibets begann, haben die Tibeter\*innen viel ertragen müssen: Ihre Religion, ihre Kultur und Sprache wurden immer mehr zurückgedrängt. Für die chinesische Regierung ist die Kontrolle über Tibet, das ungefähr sieben Mal so groß ist wie Deutschland, ein wichtiger Baustein ihrer totalitären Macht. Das Oberhaupt des tibetischen Buddhismus, der 14. Dalai Lama, wird auch Jahrzehnte nach seiner Flucht aus der tibetischen Hauptstadt Lhasa nach Nordindien von der chinesischen Propaganda systematisch verleumdet. Er ist weltweit ein Symbol für Toleranz und Frieden. Einen freien Zugang zu Tibet gibt es nicht: Die chinesische Regierung achtet darauf, dass Journalist\*innen nur selten, und nur im Rahmen von streng kontrollierten Propaganda-Touren in die Region können. Aus Verzweiflung über die chinesische Besatzungspolitik haben sich 158 Tibeter\*innen seit 2009 selbst verbrannt.



Auf der Flagge Tibets stehen die sechs roten Strahlen der Sonne für die ursprünglichen sechs Volksstämme Tibets. Die Farbe Blau symbolisiert das Zusammenspiel der religiösen und weltlichen Herrschaft. Die beiden Schneelöwen stehen für eine Regierungsform, die durch buddhistische Prinzipien geprägt ist. Heute ist die Flagge zum Politikum geworden, sie gilt als Symbol für die Freiheit und Unantastbarkeit Tibets. Wer in Tibet diese Flagge besitzt oder gar öffentlich zeigt, wird von den chinesischen Behörden streng bestraft.



Der ehemalige tibetische Gefangene Dhondup Wangchen berichtet bei einer GfbV-Veranstaltung beim UN-Menschenrechtsrat in Genf über seine sechsjährige Haft in chinesischen Gefängnissen.

Foto: Hanno Schedler

## „Sinisierung“ des tibetischen Buddhismus

Die chinesische Regierung hat seit dem Beginn der Besetzung Tibets tausende buddhistische Klöster zerstört, religiöse Texte verbrannt, religiöse Lehrer gefoltert und sie dazu gezwungen, sich einer sogenannten „patriotischen Umerziehung“ zu unterziehen. Viele mussten Zwangsarbeit leisten. Tausende Mönche und Nonnen wurden von religiösen Instituten ausgeschlossen. Regelmäßig gibt es Berichte über Folter und sexuellen Missbrauch von Mönchen und Nonnen. Seit Dezember 2021 haben chinesische Behörden mehrere Buddha-Statuen zerstört. Die Kommunistische Partei will den tibetischen Buddhismus genauso wie andere Religionen im Land „sinisieren“, also unter ihre totale Kontrolle bringen.

Rechts: Demonstration vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf zum Thema Menschenrechte in Tibet/Ostturkestan/China, 6. November 2018; Foto: Hanno Schedler

## China hetzt gegen den Dalai Lama

Der Dalai Lama musste zwar 1959 von Tibet nach Nordindien fliehen, wird aber bis heute von den Tibeter\*innen verehrt. Die chinesische Regierung weiß das und versucht deshalb, die Verbindung zwischen ihm und dem tibetischen Volk zu kappen: Wenn Tibeter\*innen sich für eine Arbeit bewerben, müssen sie angeben, dass sie den Dalai Lama ablehnen. Es ist sogar verboten, Bilder des Dalai Lama im eigenen Haus anzubringen. Die chinesische Regierung bereitet sich auf den Tod des 1935 geborenen 14. Dalai Lama vor. Sie plant, einen eigenen Nachfolger einzusetzen, der den Vorgaben der Kommunistischen Partei folgt und die Tibeter\*innen für die Ideologie der KP gewinnen soll. Umso wichtiger ist es, dass sich Deutschland gemeinsam mit seinen Partnern gegenüber China dafür einsetzt, dass sich die Regierung nicht in die Nachfolge einmisch.

